

# Avanti O.

RSB Oberhausen



DGB Demo, 1. Mai 2015 in Oberhausen

Foto: Avanti O.

Dokumentation des Flugblatts vom RSB Oberhausen zum 1. Mai 2015

## 1. Mai 2015

### Streik ist ein Grundrecht!

### Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite

#### Was tun?

In der Europäischen Union (EU) werden die Verhältnisse immer weiter im Sinne des Lissabon-Prozesses verändert. Die EU soll zum dynamischsten und profitabelsten Wirtschaftsraum der Erde werden.

Deshalb zunächst die „Agenda 2010“ und jetzt die „Agenda 2020“. Auch deshalb die Geheimverhandlungen zum „Freihandelsabkommen“ TTIP mit den USA.

Alle Hemmnisse für die freie Entfaltung des Kapitalismus sollen beseitigt werden. Nicht zuletzt sollen die Gewerkschaften entscheidend ge-

schwächt werden.

Die „Euro-Rettung“ in Südeuropa zeigt, wohin die Reise geht. Trotz massiver Gegenwehr konnte dort bisher der Ausplünderungskurs der „Institutionen“ (Europäische Kommission, Europäische Zentralbank – EZB und Internationaler Währungsfonds – IWF) nicht gestoppt werden.

Durch diese als „Sparen“ beschönigte Politik werden die Wirtschaften Südeuropas immer tiefer in die Misere und unsere KollegInnen in Elend und Armut getrieben.

*Fortsetzung auf Seite 2*

*Liebe Leserinnen und Leser,*

in der neunten Ausgabe unserer örtlichen Beilage zur Avanti findet Ihr das 1. Mai-Flugblatt des RSB Oberhausen dokumentiert und einen kurzen Bericht von der Trauerkundgebung im April für die im Mittelmeer ertrunkenen Flüchtlinge. Ein Bericht vom ersten diesjährigen Frauenseminar des RSB in Oberhausen darf auch nicht fehlen.

Besonders möchten wir Euch die Veranstaltung / Filmvorführung des Aktionskreises AKUWILL empfehlen: siehe Seite 4.

Wir wünschen Euch eine interessante Lektüre!

*Eure Redaktion*

Inhalt	
TITEL	FRAUEN
01 1. Mai Dokumentation des Flugblatts vom RSB Oberhausen	03 Frauen Frauenseminar des RSB in Oberhausen
<b>1. MAI / ANTIRASSISMUS</b>	
02 1. Mai Flugblatt des RSB Oberhausen	<b>VERANSTALTUNG / TERMINE</b>
02 Antirassismus Trauerkundgebung für die auf der Flucht getöteten Flüchtlinge	04 „Das ist unser Streik“ Film und Diskussionsveranstaltung über den 9-monatigen Streik bei Neupack
	04 Termine

## Dokumentation des Flugblatts vom RSB Oberhausen zum 1. Mai 2015

Fortsetzung von Seite 1

Flächentarifverträge werden „gesetzlich“ durch das Diktat der Ex-Troika aus EU, EZB und IWF ausgehebelt. Damit wird den Gewerkschaften die Existenzgrundlage entzogen und die Willkür auf dem Arbeitsmarkt etabliert.

Die „Institutionen“ diktieren dort eine neue Hierarchie. An erster Stelle stehen Einzelarbeitsverträge zur Durchsetzung eines „modernen“ Tagelöhnersystems. Zweitens folgen betriebliche Regelungen der Arbeits- und Entlohnungsbedingungen, und erst an dritter Stelle sollen – wenn überhaupt – noch überbetriebliche Regelungen gelten.

Von den deutschen Gewerkschaften wird diese große Bedrohung zwar mehr oder weniger wahrgenommen. Aber es folgt außer einigen Artikeln und Reden wenig.

Wo bleibt die massenwirksame Aufklärung über diesen strategischen Generalangriff von EU und Kapital? Wo bleibt die aktive Solidarität mit unseren KollegInnen in Südeuropa?

Schauen wir auf Deutschland. Wo

bleibt die wirksame Kritik an der Führungsrolle der GroKo bei dieser gewerkschaftsfeindlichen Politik? Wird nicht erkannt, dass zum Beispiel das „Tarifeinheitsgesetz“ ein aggressiver Versuch im Sinne der Troika-Politik ist? Warum fällt der DGB-Vorsitzende Hoffmann den Streiks der GDL in den Rücken? Warum stehen der DGB und andere Einzelgewerkschaften wie IG BCE oder IGM in diesem scharfen Konflikt zwischen der staatseigenen Deutschen Bahn AG auf Seiten der GroKo?

Die Beteiligung an den Tarifbewegungen des Frühjahrs zeigt, dass wenigstens in der Lohnpolitik verlorener Boden wieder zurückgewonnen werden kann. Aber es fehlt die wirksame Koordination der Aktivitäten über die Grenzen der Branchen und der Einzelgewerkschaften hinweg.

Die Aktion von Millionen KollegInnen könnte im Land des Pro-Kopf-Exportweltmeisters vieles bewegen. Zum Beispiel würde sich

dadurch Bewusstsein über die Macht der Vielen gegenüber der Herrschaft der Wenigen bilden. Neue Generationen könnten nicht nur Warnstreik-, sondern endlich einmal wieder Streikerfahrungen sammeln.

Die konsequente Kritik an der GroKo-Farce des ausgehöhlten „gesetzlichen Mindestlohns“ von 8,50 € ist überfällig. Ein konsequenter Kampf für „12 € Mindestlohn jetzt!“ wäre nicht der Untergang des Abendlandes.

Vielmehr wäre dies ein Beitrag zur wirksamen Solidarität mit den KollegInnen, die durch prekäre Jobs ausgebeutet werden. Und es würde die staatlich finanzierte Aufstockung von Niedriglöhnen bekämpfen. Es würde zudem den Gewerkschaften im Süden der EU helfen, die unter der Kombination aus deutscher Lohnzurückhaltung, Billiglöhnen und dem Diktat der Institutionen besonders leiden.

**Statt zuzuschauen, schlagen wir fünf Punkte für eine aktive Gewerkschaftsbewegung vor:**

**1. Wirksam über die Ziele der EU- und der GroKo-Politik aufklären!**

**2. Nein zur „Agenda 2020“ und zur GROSSmachtpolitik der GroKo!**

**3. Solidarität mit gewerkschaftlichen und betrieblichen Kämpfen organisieren. Hierzulande und international – vor allem mit Griechenland. Solidarität muss praktisch werden!**

**4. Ein internationales Programm gegen Arbeitslosigkeit und Armut entwickeln. Die Reichen sollen zahlen! Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite!**

**5. Gemeinsame gewerkschaftliche und politische Proteste gegen das Europa des Kapitals organisieren. Für einen europäischen Generalstreik!** ■

RSB Oberhausen  
info@rsb4-oberhausen.de

# GENUG IST GENUG

## Gegen das Sterbenlassen auf dem Mittelmeer – Fahren statt Frontex!

Unter diesem Motto rief das Oberhausener Bündnis für menschliche Flüchtlingspolitik für den 24. April 2015 kurzfristig zu einer Kundgebung auf dem Friedensplatz auf.

P.S.

**T**rotz der kurzen Mobilisierungszeit kamen ca. 50 OberhausenerInnen zusammen, um ihre Trauer darüber auszudrücken, dass in den letzten 25 Jahren zehntausende Menschen ums Leben gekommen sind, weil sie versucht haben, vor Krieg, Verfolgung und Armut zu fliehen.

Aktueller Anlass für die Kundgebung waren zwei Bootskatastrophen binnen einer Woche im Mittelmeer zwischen Libyen und Italien, bei denen mehr als 1.000 Menschen starben.

Die TeilnehmerInnen setzten ein Zeichen der Solidarität mit Flüchtlingen. Scharf kritisiert wurden die Verantwortlichen der EU – und ins-

besondere Deutschlands.

Mit ihrer Wirtschafts- und Machtpolitik würden sie erst Fluchtgründe schaffen: Sie zerstörten die Existenzgrundlage der Menschen und brächten durch Kriege und vorgebliche Hilfsaktionen Tod und Verzweiflung. Und dann machten sie durch ihre Abschottungspolitik das Mittelmeer zum Massengrab.

Das Bündnis für menschliche Flüchtlingspolitik fordert, das Massensterben zu beenden und Flüchtlingen die sichere und bezahlbare Überfahrt nach Europa zu ermöglichen. ■



Transparent auf der Trauerkundgebung am 24. April 2015 in Oberhausen

# 1. Frauenseminar des RSB 2015

Am 21./22. März fand in Oberhausen das erste Frauen-Seminar des RSB in diesem Jahr statt. Eingeladen waren auch Freundinnen und Genossinnen, die nicht Mitglieder unserer Organisation sind. Die Teilnehmerinnen setzten sich mit den Themen „Gewalt gegen Frauen“ und „Prostitution“ auseinander.

PETRA STANIUS

**D**ass die meisten Teilnehmerinnen bereits am Samstag Abend in Oberhausen waren (siehe *Avanti* 232) nutzten wir für einen ersten informellen Austausch bei einem gemeinsamen Abendessen.

## Gewalt gegen Frauen

Am Sonntag beschäftigten wir uns zuerst mit dem Problem „Gewalt gegen Frauen“.

Eine Genossin aus Mannheim leitete das Thema ein. Sie stellte den Landesaktionsplan von Baden-Württemberg gegen Gewalt an Frauen vor. Er enthält sowohl eine Übersicht über alle zur Verfügung stehenden staatlichen und nichtstaatlichen Hilfen als auch einen Maßnahmenkatalog, um Gewalt zu verhindern, Opfer zu schützen und Täter zur Verantwortung zu ziehen. Für die Umsetzung des Plans stehen für eine Laufzeit von zwei Jahren rund 3,6 Mio. Euro zur Verfügung.

Häusliche Gewalt ist ein besonders gravierendes Problem. Es gibt verschiedene Faktoren, die das Risiko von Frauen, Opfer von Gewalt zu werden, erhöhen:

Frauen mit Migrationshintergrund sind besonders gefährdet. Eine prekäre soziale Lage ist ein Risikofaktor, ebenso wie soziale Isolation. Auch ein niedriger Bildungsabschluss wirkt sich negativ aus. Frauen mit Behinderung werden überdurchschnittlich oft Opfer von Gewalt.

Dies bedeutet aber nicht, dass bestimmte Gruppen von Frauen sicher vor Gewalt wären. Es sind Frauen jeden Alters und aller Einkommensklassen betroffen. Wobei Jüngere eher körperliche und Ältere eher seelische Gewalt erleiden.

Derzeit gehen ca. 50 Prozent der angezeigten mutmaßlichen Täter strafrei aus.

Wir bewerteten den Aktionsplan positiv und diskutierten Möglichkeiten und Probleme, die sich in der Praxis ergeben:

Ein Landesplan muss auf die Kommunen heruntergebrochen werden. Den Kommunen aber fehlen die nötigen finanzielle Mittel – und damit die Entscheidungs- und Handlungsfähig-

keit. Um im Sinne des Aktionsplans tätig werden zu können, muss ihnen also ein angemessenes Budget zur Verfügung gestellt werden.

Es gibt zu wenig bezahlte Stellen für qualifizierte SozialarbeiterInnen. Ein erheblicher Teil der Arbeit wird von ehrenamtlichen oder unterbezahlten Kräften geleistet.

Ist eine zentrale oder eine dezentrale Unterbringung gefährdeter Frauen zu bevorzugen? Eine eigene Wohnung ist ein angenehmerer Aufenthaltsort als ein Wohnheim. Jedoch stellt sich dort das Problem der sozialen Isolation. Es ist nicht nur schwieriger, Sozialarbeit zu organisieren. Den Frauen fehlt auch die Möglichkeit, sich mit anderen Betroffenen auszutauschen, voneinander zu lernen und sich gegenseitig zu unterstützen. Werden sie an ihrem Zufluchtsort aufgespürt, sind sie der Bedrohung allein ausgeliefert.

Es würde die Sicherheit der Frauen erhöhen, wenn sie in einer Einrichtung außerhalb ihres Wohnorts, zum Beispiel in einer Nachbarstadt, unterkommen könnten. In der Praxis gibt es hier aufgrund der örtlichen Zuständigkeit Probleme mit der Kostenübernahme durch den kommunalen Träger.

## Prostitution

Nach dem Mittagessen führte eine Hamburger Genossin uns in das zweite Hauptthema ein. Prostitution ist seit 2002 nicht mehr sittenwidrig, sondern eine reguläre Dienstleistung. Jedoch ist sie belastet mit einem Stigma, dass Ausdruck von Verachtung und Entmündigung ist. Sexarbeit ist kein Gewerbe wie andere. Es bringt Diskriminierung und oft auch Gewalt mit sich. Die Entwertung von SexarbeiterInnen gründet auf der Verachtung der weiblichen Sexualität und ist damit im Kern frauenfeindlich.

Die Groko hat einen Entwurf für ein neues Prostitutionsgesetz vorgelegt. Es soll vorgeblich Zwangsprostitution unterbinden und die Gesundheit der SexarbeiterInnen (oder der Freier?) schützen. Der Entwurf sieht unter anderem die Anmeldung aller Prostituierten und verpflichtende Gesundheitsberatungen vor. Noch umstritten sind die

Kondompflicht und die Anzeigepflicht für Freier, wenn sie den Verdacht hegen, dass sie es mit einer Zwangsprostituierten zu tun haben.

Tatsächlich werden die schützenden Gebote und Verbote kaum durchgesetzt werden können. Der Entwurf sieht aber umfangreiche Datensammlung über SexarbeiterInnen vor. Und er enthält Kontrollvorschriften und Reglementierungen, die SexarbeiterInnen weiter entmündigen. Wird das Gesetz beschlossen, wird es ihre Diskriminierung und Stigmatisierung weiter befördern.

Es gibt im Wesentlichen drei Herangehensweisen, mit Prostitution umzugehen:

1. Prostitution vollständig erlauben und anderen gewerblichen Tätigkeiten gleichstellen.
2. Prostitution vollständig verbieten. Damit würden sich sowohl SexarbeiterInnen als auch deren KundInnen strafbar machen.
3. Sexkauf verbieten. Damit würden nur die Freier kriminalisiert.

Es ist zweifelhaft, dass Verbote ihr

Ziel erreichen. Vielmehr wird Sexarbeit dadurch aus der Öffentlichkeit heraus in eine Grauzone gedrängt, was die Gefahr von Gewalt und Überausbeutung erhöht. Wir sehen SexarbeiterInnen als Lohnabhängige, die als solche gezwungen sind, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. SexarbeiterInnen sollten sich gewerkschaftlich organisieren und gemeinsam ihre Interessen vertreten. Ansätze hierzu gibt es bereits. So können wir mit ihnen gemeinsam kämpfen – als Frauen und als Lohnabhängige.

Am Ende des Seminars waren wir zufrieden. Verlauf und Ergebnisse dieses Frauentreffens bewiesen, dass ein lockerer Rahmen nicht im Widerspruch stehen muss zu Zielgerichtetheit und Effektivität eines Seminars. Der zwanglose Austausch hat uns allen neue Erkenntnisse gebracht. Erstaunlich und erfreulich waren unsere vielen Gemeinsamkeiten, über Generationen und Lebensentwürfe hinweg. Gute Gründe, um in Kontakt zu bleiben! ■



# „Das ist unserer Streik“

## NEUPACK – Dokumentation eines 9-monatigen Arbeitskampfes 2012/2013

Film- und Diskussionsveranstaltung am 26.05.2015 um 19:00 im DGB Haus in Oberhausen

Am 1. November 2012 sind 110 Arbeiterinnen und Arbeiter von Neupack in den unbefristeten Streik getreten, um Verhandlungen über einen Tarifvertrag zu erzwingen. Dass es zu diesem mutigen Schritt kam, lag nicht nur an der sturen, auf ihrem Willkürrecht bestehenden Eigentümerfamilie, sondern auch an der jahrelangen Überzeugungs- und Organisationsarbeit der für Neupack zuständigen IG BCE-Sekretäre und einigen aktiven Mitgliedern des Betriebsrates.

Doch wer hätte angesichts der eingangs skizzierten Konstellation gedacht, dass am 1. November 2012 in den Neupackwerken in Hamburg und Rotenburg einer der längsten und intensivsten Arbeitskämpfe der deutschen Nachkriegsgeschichte beginnt? Wer hätte gedacht, dass der Streik trotz der Einstellung von über 50 Streikbrecherinnen und Streikbrechern nach 2 1/2 Monaten so wirkungsvoll werden würde, dass die streikführende Gewerkschaft sich Sorgen machte, der Betrieb könne, da die halsstarrige Eigentümerfamilie zu Gesprächen über einen Tarifvertrag nicht bereit war, „kaputtgestreikt“ werden?

### Ein lehrreicher Arbeitskampf

Der von der IG BCE erst am 9. August 2013, also nach neun Monaten, offiziell beendete Streik wurde zu einem der lehrreichsten Arbeitskämpfe der letzten Zeit. Bis heute findet die Auseinandersetzung bei Neupack innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften Beachtung, weil sie ein Schlaglicht wirft auf die zentralen rechtlichen und organisatorischen Schwierigkeiten betrieblicher Kämpfe. Es geht dabei um folgendes:

- Die Notwendigkeit, die systematische Bevorrechtigung des Kapitals durch das deutsche Streikrecht aufzuheben (Verbot der Einstellung von Arbeitskräften während eines Streiks)
- die Chancen und Probleme tariflicher „Häuserkämpfe“
- die Möglichkeiten und Schwierigkeiten der Organisation von öffentlicher und überbetrieblicher Streikunterstützung
- die innergewerkschaftliche Forderung nach Demokratisierung der Streikführung und
- die Bedeutung der Erfahrung: „Lohnarbeit trennt – Streiken verbindet“ für eine emanzipatorische Gewerkschaftsarbeit („Erneuerung durch Streik“). Der Film dokumentiert zu-

nächst den 3-monatigen Vollstreik, dann den von der Streikleitung der IG BCE durchgesetzten Übergang in den „Flexistreik“ und schließlich die Auseinandersetzungen zwischen Streikenden und Gewerkschaftsführung über die eigentlichen Ziele und die richtigen Mittel eines Arbeitskampfes, der begonnen wurde, um „ein Exempel zu statuieren“ (so der Vorsitzende der IG BCE, Michael Vassiliadis, Streikinfo 4, 9. 11. 2012).

Die offenen und selbstkritischen Diskussionen unter den Streikenden über die Schwierigkeit, eigenständige demokratische Strukturen aufzubauen, sind ein weiteres Thema des Films.

Wenn die Gewerkschaftsbewegung etwas von der Organisationsmacht, die sie in den letzten Jahrzehnten verloren hat, zurückerobert will, dann müssen die Probleme, die der Neupackstreik sichtbar gemacht hat, auf die Tagesordnung gesetzt, intensiv bearbeitet und offen diskutiert werden. Die in der Linken innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften nach dem Ende des Streiks heftig umstrittene Frage, ob es sich bei dem Verhandlungsergebnis um einen Erfolg, einen Teilerfolg oder eine totale Niederlage gehandelt hat, ist unserer Meinung nach zweitrangig.

„Ein Tarifvertrag ist kein Himmelsgehütet“ (Oliver Venzke, stellvertr. Bezirksleiter der IG BCE Hamburg/Harburg) und auch nicht unbedingt eine Etappe auf dem Weg zum Sozialismus. Andererseits wird die – gemessen an den ursprünglichen Zielen – recht magere Betriebsvereinbarung, die am Ende herausgesprungen ist, nicht die Erfahrung des gemeinsamen Kampfes überschatten und die Belegschaft nicht daran hindern, einen neuen Anlauf zu nehmen, „wenn es soweit ist“, so der Betriebsratsvorsitzende Murat Güneş.

*Aus der Filmbeschreibung der beiden Filmemacher, die den Streik bei Neupack begleitet und die Dokumentation erstellt haben.*

[www.neupack-film.de](http://www.neupack-film.de)



*Transparent während des Neupack-Streiks*

## RSB/IV. Internationale

# Wer wir sind und was wir wollen

Der *Revolutionär Sozialistische Bund* (RSB) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert der RSB alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und

wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Er unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Er setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Er fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel des RSB ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt seiner Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

### Impressum:

RSB Oberhausen  
Postfach 10 01 25  
D-46001 Oberhausen  
Fon: +49 (0) 208 / 768 422 46  
Email: [info@rsb4-oberhausen.de](mailto:info@rsb4-oberhausen.de)



### TERMINE (weitere Infos beim RSB Oberhausen)

- Freitag, 01.05.2015, Internationaler Kampftag der ArbeiterInnenklasse!  
- DGB-Demo in Oberhausen um 10:30 Uhr, Altmarkt  
- Gegenkundgebung gegen Pro NRW in Osterfeld am Markt, 11:00 Uhr
- Donnerstag, 07.05.2015, Treffen des Aktionskreises gegen Unternehmerwillkür, Oberhausen, Gewerkschaftshaus, 12:00 Uhr
- Dienstag, 12.05.2015, „Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern!“, Veranstaltung der Roten Hilfe, Linkes Zentrum OB, 19:00 Uhr
- Dienstag, 26.05.2015, Filmvorführung / Diskussionsveranstaltung zum Streik bei Neupack, Aktionskreis gegen Unternehmerwillkür, Gewerkschaftshaus Oberhausen, Willi-Haumann-Saal, 19:00 Uhr